Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 56 | Dienstag, den 8. März 1921 | 49. Jahrgang

Die Entscheidung in London.

Abbruch der Verhandlungen. - Abreise der Delegationen. - Vormarsch des Feindes

(TU) Aus London wird berichtet: Die Vorschläge, welche die deutsche Delegation gestern vormittag unterbreitet hat, sind folgende: Deutschland verpflichtet sich, für die Dauer von 5 Jahren eine feste Annuität zu zahlen und nimmt eine Taxe von 12 Prozent auf die Ausfuhr an, jedoch unter der Bedingung, daß kein Plebiszit in Oberschlesien stattfindet und daß die dem deutschen Handel auferlegten Beschränkungen aufgehoben werden. Wenn die Alliierten bereit wären, diesen modus vivendi anzunehmen, so würde sich Deutschland verpflichten, sobald als möglich ein vollständiges Programm für die Reparationsfrage vorzulegen und es im Verlaufe von 30 Jahren auszuführen. Für den Fall, daß die Alliierten bei ihrer Haltung verbleiben sollten, würde Herr Dr. Simons eine Frist von acht Tagen verlangen, um mit seiner Regierung zu konferieren und die Lage zu prüfen. Die Sitzung der Konferenz dauerte von 12 bis 1½ Uhr. Die Antwort der deutschen Delegation wurde als unannehmbar erklärt. Eine neue Sitzung fand um 4 Uhr 30 Minuten statt, in der der deutschen Delegation die Ablehnung der Alliierten notifiziert wurde.

Die Antwort der Entente.

In seiner Antwort sagte Lloyd George, daß die Gegenvorschläge der deutschen Delegation unannehmbar seien und daß die Anwendung der Sanktionen nicht hinausgeschoben werden könne. Der englische Premierminister machte die deutsche Delegation darauf aufmerksam, daß die Vorschläge nicht für 5 Jahre gültig seien, sondern nur für fünf Wochen, da sie von dem Ausfall der Abstimmung in Oberschlesien abhängig seien. Die Sitzung wurde daraufhin unterbrochen, damit Dr. Simons eine Antwort geben konnte. Der Chef der deutschen Delegation protestierte gegen die Sanktionen. Die Sitzung wurde sodann aufgehoben, ohne daß die Alliierten auf den Protest Dr. Simons eingegangen wären. — Bei der Wiederaufnahme der Sitzung der Londoner Konferenz um 4 Uhr machte Lloyd George die Mitteilung, daß angesichts des Tones des Expojes von Dr. Simons die Alliierten beschlossen hätten, die Konferenz abzubrechen. Die Strafmaßnahmen würden sofort in Kraft treten. Die von Dr. Simons verlangte Frist von acht Tagen ist ebenfalls zurückgewiesen worden. Der französische Ministerpräsident Briand wird Dienstag nach Paris zurückkehren.

Simons Protest.

(W) In seinen Ausführungen in der gestrigen Sitzung der Konferenz hob Dr. Simons besonders folgende Punkte hervor:

1. Die Schuldfrage könne weder durch den Friedensvertrag noch durch Zwangsmaßnahmen entschieden werden. Nur die Geschichte könne die Verantwortung am Weltkrieg entscheiden. Wir wären den Ereignissen noch zu nahe. Ob eine einzelne Nation ausschließlich schuldig an diesem Kriege erklärt werden könne und ob diese Nation Deutschland sei, würde kaum durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages endgültig entschieden werden können.

2. Die Zwangsmaßnahmen seien durch die Vorschriften des Friedensvertrages nicht gerechtfertigt, denn nur drei Stellen sprächen hiervon: 1. § 18 Anhang 2 im 8. Teil, 2. der Schlußsatz des Artikels 429 und 3. Artikel 430. Keiner dieser Paragraphen sei anwendbar.

3. Die Zwangsmaßnahmen ständen auch im Gegensatz zum Völkerbundsvertrag. Nach Artikel 17 des Völkerbundsvertrages käme bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Völkerbundsvertrages und einem Staate, der nicht Mitglied sei, das im Artikel 15 vorgesehene Schiedsgerichtsverfahren in Anwendung. Deutschland sei nicht Mitglied des Völkerbundes, hätte aber den Vertrag unterzeichnet und er lege deshalb im Namen der deutschen Regierung feierlich Protest gegen die angedrohten Maßnahmen ein.

Die unnachgiebige Haltung der Franzosen,

die in der Vorbesprechung jedes Provisorium ablehnten mit der Begründung, daß es nach fünf Jahren vielleicht keinen Verband mehr geben werde, bewirkte, wie die „Köln. Ztg." meldet, den Umfall Lloyd Georges, womit das Ergebnis der Konferenz entschieden war.

Die klare Darlegung des Ministers Simons über den Wert unseres Angebots, während der nächsten fünf Jahre die Pariser Summen zu zahlen nebst einem Gegenwert für die Ausfuhrabgabe unter der Bereitwilligkeit, sofort mit dem Verband über die Zahlung der Restsummen zu beraten, wobei natürlich Oberschlesien beim Reich bleiben, die Freiheit des deutschen Handels gesichert und eine internationale Anleihe gestattet werden müsse, fand ebenso taube Ohren wie die darauffolgende wuchtige Widerlegung der Rede Lloyd Georges und die Kennzeichnung der angedrohten Strafen als rechtswidrig und als Verstoß gegen den Völkerbund, bei dem er feierlichen Einspruch anmelde. Minister Simons bestätigte noch auf die Frage des englischen Ersten Ministers, daß der Verlust Oberschlesiens eine neue Lage schaffen würde und daß wir für die Zeit nach dem Provisorium keine Mindestsumme gewährleisten könnten. Dann vertagte Lloyd George die Sitzung auf 4½ Uhr, um inzwischen das Protokoll aufzusetzen, obwohl, wie er hinzufügte, über die Antwort des Verbandes ja kein Zweifel sein könne. Darauf ging man kalt und grußlos auseinander.

Rückkehr der deutschen Delegation nach Berlin.

(TU) Die französische Delegation fährt heute abend oder Mittwoch früh nach Paris zurück. Die deutsche Delegation wird London heute früh verlassen.

Der Befehl zum Vormarsch im Rheinland.

(TU) Die Besatzungstruppen im Rheinland haben den Befehl erhalten, Dienstag früh den Vormarsch zu beginnen. — Der englische Kriegsminister hat einigen Reservejahrgängen mitgeteilt, sich bereit zu halten für die Abreise nach den Depots. Dies wird als Vorsorgemaßregel einer möglichen unerwarteten Entwicklung der Lage angesehen.

Nach dem Evening Delegraph bereitet England für den Bedarfsfall die Entsendung einer kriegsstarken Division Infanterie nach Deutschland unter dem Befehl des Carl of Capan vor.

Die „Bergisch-Märkische Zeitung" meldet aus Opladen: Seit Montag mittag gehen von hier die Franzosen in Richtung auf Düsseldorf vor. Die Zahl der bis nachmittags 5 Uhr durchmarschierten Truppen wird auf etwa 1000 Mann geschätzt. Das Bürgermeisteramt von Solingen ist von der englischen Besatzungsbehörde aufgefordert worden, für die Unterbringung von Besatzungstruppen von 1000 bis 1500 Mann Vorkehrungen zu treffen.

Der belgische Ministerpräsident besprach gestern die Lage in London. Das Ergebnis der Besprechungen war, daß Kriegsminister Deveze über Antwerpen nach London abreiste, um mit dem dort anwesenden Minister des Aeußern und dem Finanzminister zu konferieren und Maßnahmen zu treffen, die mit Rücksicht auf die weitere Besetzung Deutschlands erwünscht sein könnten.

Ueber die Gewaltmaßregeln

schreibt man aus London: Die angedrohten Gewaltmaßregeln der Verbündeten stellen die totgeglaubte Schuldhaft wieder her, nur mit dem Unterschied, daß ein ganzes Land in den Kerker muß, auch wenn damit die schon bestehende und anerkannt verminderte Zahlungsfähigkeit ganz unterbunden wird. Die City hat bald herausgefunden, daß solche Mittel den Handel aller Länder schwer schädigen, den beabsichtigten Zweck nicht erfüllen können und deshalb verwerflich sind. Ganz unbegreiflich erscheint die Maßregel, die Angehörigen der Verbandsländer anzuhalten, einen Teil ihrer Geldverpflichtungen für Waren, die sie aus Deutschland beziehen, in die eigenen Staatskassen abzuführen. Diese erscheint um so auffälliger, als erst kürzlich die Verbündeten großherzig und feierlich der Welt bekanntgegeben hatten, daß das nach dem Kriege erworbene feindliche Eigentum in den Verbandsländern der Beschlagnahme im Falle einer Nichterfüllung des Reichs entgeht. Im treuen Glauben an diese Erklärung sind hier und in den andern Ländern Gelder und Güter belassen worden, die jetzt wieder zum Teil vogelfrei erklärt werden sollen; nicht so sehr die Beträge kommen in Frage, als die Unsicherheit, die neuerdings das aufkommende internationale Geschäft trifft. Wer unter diesen Verhältnissen noch Waren nach den Verbandsländern schicken wird, ohne vorher den Gegenwert erhalten zu haben, können nur Diplomaten rasch und endgültig beantworten. Die wirtschaftliche Abschnürung eines so wichtigen industriellen Bindegliedes zwischen Frankreich und Mitteleuropa, mit dem internationalen Wasserweg und den gleichbedeutenden Eisenbahnadern, wiegt sehr schwerwiegend und ist geeignet, Freund und Feind tiefe Wunden zu schlagen.

Die Wirkung des Bruches im französischen Senat.

(TU) Die Nachrichten aus London wurden in den Wandelgängen des Senats ungeduldig erwartet. Alle Senatoren hatten sich zu diesem Zwecke eingefunden. Als die Nachricht bekannt wurde, daß die Alliierten in vollem Einvernehmen die Verhandlungen abgebrochen haben, bemächtigte sich der Senioren eine große Erregung. Der Abbruch der Beziehungen wurde jedoch einstimmig gebilligt. Herr Briand wurde allgemein gelobt.

Der Reichspräsident an das deutsche Volk.

Der Reichspräsident hat folgende Proklamation erlassen:

Mitbürger! Unsere Gegner im Weltkriege haben unerhörte und unerfüllbare Forderungen an Geld und Gut an uns gestellt. Nicht nur wir selbst, sondern auch unsere Kinder und Enkel sollen Arbeitssklaven der Gegner werden. Durch unsere Unterschrift sollten wir einen Vertrag besiegeln, den auszuführen auch die Arbeit von Generationen nicht genügt hätte. Das durften, das konnten wir nicht tun; unsere Ehre, unsere Selbstachtung verbot es uns. Unter offenem Bruch des Friedensvertrages von Versailles sind die Gegner zur Besetzung weiteren deutschen Landes geschritten. Der Gewalt können wir nicht Gewalt entgegensetzen, wir sind wehrlos; aber hinausrufen können wir es, daß es alle hören, die noch die Stimme der Gerechtigkeit erkennen. Recht wird hier vertreten durch Gewalt. Mit den Bürgern, die Fremdherrschaft erdulden müssen, leidet das ganze Volk. Ehern zusammenschmieden soll uns dies Leid zu einigem Fühlen und einigem Wollen: Mitbürger! Tretet der fremden Gewaltherrschaft mit ernster Würde entgegen. Bewahrt Euern aufrechten Sinn, aber laßt Euch nicht zu unbesonnenem Tun hinreißen! Harret aus, habt Vertrauen! Die Reichsregierung wird nicht eher ruhen, bis fremde Gewalt vor unserm Recht weichen muß.

Berlin, 7. März 1921.

Der Reichspräsident gez. Ebert.
Der Reichskanzler gez. Fehrenbach.

Die Bedeutung der Sanktionen.

(TU) Ueber die Bedeutung der Sanktionen führt die „Freiheit" u. a. folgendes aus: Es würde falsch sein, sich darüber zu täuschen, daß es sich um wirtschaftliche Druckmittel bedenklichster Art handelt. Die Errichtung einer Zollinie am Rhein bedeutet die Zerreißung der engen Wirtschaftsbeziehungen mit unserm bedeutendsten Industriegebiet. Die Besetzung der Ruhrhäfen gibt der Entente die Möglichkeit, die Kohlenzufuhr, namentlich nach Süddeutschland ohne Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse zu gestalten. Die Uebernahme der Zollverwaltung an der alten Zollgrenze im Westen bedeutet neben dem großen Verlust zugleich die Kontrolle unserer gesamten Ein- und Ausfuhr durch die Entente. Das schlimmste aber ist, daß diese Sanktionen an sich unbestimmt sind. Weiter sagt das Blatt: Die Anwendung der Sanktionen ist die Wiederaufnahme des Krieges mit wirtschaftlichen Mitteln. Dieser Krieg wird nicht nur die Lage der deutschen Arbeiterklasse noch tiefer herunterdrücken, sondern auch die Arbeiterklasse der alliierten Länder wird vermehrten Druck und größeres Elend tragen müssen.

Die Orientfrage vor der Londoner Konferenz.

(TU) Der Interalliierte Oberste Rat hat die griechische und die türkische Antwort auf seinen Vorschlag, unter gewissen Bedingungen eine Untersuchungskommission nach Smyrna und Thrazien zu senden, entgegengenommen. Die Griechen lehnen den Vorschlag ab und bemerken, daß ein solcher Schritt die Aufhebung der Rechte bedeuten würde, die Griechenland sich durch schwere Opfer erworben hat. Sie erklären sich bereit, jeden vernünftigen Vorschlag anzunehmen, der zu einer schnellen Bestätigung des Friedens und zur Sicherung der Ruhe im Osten führen könnte. Die Türken dagegen nehmen den Vorschlag des Obersten Rates unter den Bedingungen an, die am 25. Februar festgelegt wurden. Sie drücken die Hoffnung aus, daß der Alliierte Rat bereit sein möchte, gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages nachzuprüfen und zu untersuchen, in welcher Richtung eine gerechte Regelung gefunden werden könnten.

Reichstag.

(Sitzung vom 7. März.)

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß die am 20. Februar in den Reichstag gewählten Mitglieder für Ostpreußen und Schleswig-Holstein eingetreten sind.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Reedereiabfindungsgesetzes, durch das den Reedereien 4 Milliarden Abfindung gegeben wird. — Staatssekretär Müller begründet die Vorlage, die vor allem der Arbeitslosigkeit abhelfen soll. — Abg. Schumann (Soz.) erklärt sich mit der Fassung der Vorlage einverstanden. Der Wiederaufbau der Handelsflotte sei dringend notwendig, wenn wir nicht zu allem Unglück noch gezwungen werden sollten, auf die ausländische Handelstonnage angewiesen zu sein. — Abg. Klöckner (Ztr.) schildert die Krise auf dem Gebiete der Schiffsindustrie, die in der Arbeitslosigkeit sprechenden Ausdruck findet. Wir können nur vorwärts kommen, wenn wir also unsere Flotte wieder aufbauen. — Abg. Vogtherr (Unabh.): Wenn die Werften für die Schiffe die Namen offenbarer Kriegsverbrecher wählen, wie Tirpitz, dann ist das eine Schändung des deutschen Namens. (Stürmische Pfuirufe rechts.) Bei dieser Taufe müßte natürlich Herr Stinnes Pate sein. (Zurufe von rechts: Seien Sie froh, daß wir solch einen Mann haben!) Eine Bemerkung des Redners, „Helfferichs Raubgelüste haben Deutschland geschadet", wird vom Präsidenten Loebe gerügt. — Nach weiterer Debatte, die nichts Neues bringt, wird die Vorlage an den Hauptausschuß verwiesen.

Die Ergänzungsetats des Reichswehrministeriums, des Reichsjustizministeriums und des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages werden ohne Debatte in 2. Lesung angenommen und die Etatsberatung sodann bei dem Reichsschatzministerium fortgesetzt. — Abg. Rahmann (Soz.) erstattet den Ausschußbericht und bespricht den Fall Kahn. — Abg. Bruhn (Dntl.): Man hat, ohne die Treuhandgesellschaft oder den Aufsichtsrat zu befragen, 47 000 Innenmaschinen an Herrn Kahn verkauft, der an die 50 Millionen dafür eingenommen hat. Dieser Vertrag ist das Unerhörteste, was je vorgekommen ist. — Abg. Lange (Ztr.) verlangt vom Minister Auskunft über einen Vertrag der Firma Lewin mit der Nesag, dessen einziger Erfolg die Verteuerung der Produkte um 25 Prozent gewesen sei. Der Firma Lewin sei eine wahre Monopolstellung eingeräumt worden. — Reichsschatzminister Dr. Raumer: Ueber kein Ressort wird soviel gelogen, wie über meins. Daß während der Unruhen alles drüber und drunter ging, ist selbstverständlich. Aber deshalb darf man doch nicht die Beamten beschimpfen. Dem Abg. Bruhn gegenüber muß ich wiederholen, daß die Angriffe gegen die Verwaltung der Reichswerke scharf zurückgewiesen werden müssen. Der Abbau der Kriegsgesellschaften ist in der letzten Zeit sehr beschleunigt worden und wird mit aller Energie durchgeführt werden.

Vizepräsident Bell schlägt vor, nunmehr die Beratung zu vertagen. — Abg. Ledebour (Unabh.) zur Geschäftsordnung: Aus dem englischen Text der Lloyd George-Rede haben wir festgestellt, daß in der uns übergebenen deutschen Uebersetzung des angeblichen Wortlautes eine ganze Seite der Rede fehlt. Die deutsche Regierung läßt also einen wichtigen Bestandteil der Rede fort, und das ist eine unverantwortliche Fälschung der Rede, doppelt unverantwortlich in dieser Zeit. (Lärm rechts und im Zentrum.) — Vizepräsident Bell läutet anhaltend mit der Glocke, weil Abgeordneter Ledebour auf Zuruf der Rechten hin nochmals das Wort nimmt und weiterspricht. — Abg. Dr. Eberling (D. Vp.): Ich habe auch festgestellt, daß Seiten der Uebersetzung fehlen, es handelt sich aber dabei sicherlich nur um ein Versehen der Drucker. — Vizekanzler Dr. Heinze: Die durch irgend ein Versehen in der Uebersetzung fehlenden Seiten sind in der Presse veröffentlicht worden. Den Vorwurf einer bewußten Fälschung weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. Lebhafter Beifall.) — Abg. Ledebour (Unabh.) sucht nochmals darzulegen, daß es sich nicht um ein Versehen der Setzer handeln könne. — Abg. Haußmann (Dem.): Die Leidenschaft des Abgeordneten Ledebour zeigt, daß er nicht mehr in der Lage ist, die Dinge ruhig abzuwägen. Wir können ihm den Vorwurf nicht ersparen, daß er, ohne die Sache genau geprüft zu haben, einen Angriff gegen die eigene Regierung gerichtet hat und damit der Regierung in den Rücken gefallen ist in dem Augenblick, wo das eine schwere Versündigung an den Interessen des Vaterlandes ist. (Lebhafter Beifall.)

Eine Erwiderung des Abgeordneten Ledebour wird mit lauten Entrüstungskundgebungen der Mehrheit beantwortet. Vizepräsident Bell schließt die Sitzung um 9 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag.

Die Tschechei mobilisiert?

Wie die Narodni Listy mitteilt, hat der Tscheche Senator Herben in einer Versammlung in einem Vorort Prags, in der er die politische Lage besprach, erklärt, die auswärtige Lage werde die Tschecho-Slowakei zwingen, etwa 400 000 Mann zu mobilisieren. 1921 sei das kritischste aller Nachkriegsjahre.

Westfalen und Rheinland.

Zur Siedlungstätigkeit im Kohlenbergbau.

(W) **Kamen**, 8. März. Die Frage der Errichtung von Bergmannswohnstätten, von der eine weitere Hebung der Kohlenförderung zum größten Teil abhängig ist, beschäftigt heute mehr denn je die Oeffentlichkeit. Die letzten Feststellungen über die Zahl der Werkswohnungen im Ruhrkohlengebiet liegt nach dem Standpunkt vom 5. Januar 1919 vor. Nach diesen Ermittelungen belief sich die Zahl der im niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau zur Verfügung stehenden Werkswohnungen in rund 38 000 Häusern auf etwa 120 000. Von der Belegschaft von 43 413 Mann wohnten etwa 41% in Zechenhäusern oder Menagen. Mit der außerordentlich starken Vermehrung der Belegschaften des Ruhrkohlen-Bergreviers — die Belegschaft ist seit dem 30. Juni 1919 um rund 120 000 gestiegen — konnte die Siedlungstätigkeit naturgemäß nicht gleichen Schritt halten. Aus den der Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten zur Verfügung stehenden Mitteln sind bis Ende Dezember 1920 1150 Wohnungen gebaut worden, weitere 4451 Wohnungen, für die die Baukosten bewilligt sind, sind zum großen Teil im Bau begriffen. Außerdem sind werksseitig mit ausschließlich eigenen Mitteln Wohnungen für Angestellte und Arbeiter erbaut worden. Im Jahre 1920 stellte sich die Zahl der im Bau genommenen Wohnungen auf 3765, davon sind 1848 Wohnungen bereits bezogen, 1001 Wohnungen werden bis zum 31. März 1921 bezogen, der Rest von 916 Wohnungen später. Hinsichtlich der Auffassung, die in den Kreisen der Arbeitnehmer über die bisherige Baupolitik im Ruhrkohlenbergbau herrscht, ist ein Aufsatz in Nr. 8 des Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bemerkenswert. Es wird darin ein Artikel des Berliner Tageblattes zustimmend besprochen, in dem die Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit gelenkt wird, daß in dem industriellen Westdeutschland eine große Anzahl großer Industrieunternehmungen für Angestellte und Arbeiter ihrer Werke zum Teil musterhafte Wohngelegenheiten geschaffen hätten, die man in Berlin selbst bei großen Unternehmungen leider vergeblich suche.

*

Kamen, 8. März. **(Verschiedenes.)** Der Rheinisch-Westfälische Landesverband der Kolonialwarenhändler, Sitz Essen, teilt mit, daß nach ihm zugegangenen Mitteilungen in den Kreisen der Bergarbeiterschaft Unklarheit herrscht über die zukünftige Verteilungsart der für die Bergarbeiter bestimmten verbilligten Lebensmittel. Eine genaue Entscheidung über die Handhabung der Verteilung ist noch nicht erfolgt, jedoch soll nach Mitteilung maßgebender Regierungsstellen jeder Bergarbeiter selbst darüber entscheiden, ob er die Ware künftighin durch einen Konsumverein oder durch das Geschäft eines privaten Kolonialwarenhändlers beziehen will. Durch die in den Privatgeschäften ausgelegten Listen ist die Möglichkeit einer dahingehenden Willensäußerung gegeben.

(Achtung, Oberschlesier!) Die Abfahrt steht bevor. Nur noch wenige Tage trennen uns von ihr. Dann werden 200 Sonderzüge nach der Heimat rollen, und die Völkermenge der Abstimmungsberechtigten zuführen. Die Bezirksgruppe Hamm nimmt gegenwärtig die Ausarbeitung der Fahrkarten in Angriff. Ein jeder Abstimmungsberechtigte wird von der Bezirksgruppe durch Postkarte davon in Kenntnis gesetzt werden, wann und mit welchem Zuge er nach Oberschlesien befördert wird. Macht Euch bereit, ihr Heimattreuen, damit Ihr nicht von der Nachricht, an einem bestimmten Termine abreisen zu müssen, überrascht werdet. Der Termin der für Hamm in Frage kommenden Züge wird auch durch Zeitungsmitteilung noch bekanntgegeben werden.

Zum Präsidenten des Dortmunder Landgerichts wurde Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Hahne-Hamm ernannt.

(Die Einschränkung des Kuchenbackens.) Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags erledigte in seiner letzten Sitzung den Entwurf einer Verordnung über die Bereitung von Kuchen. Der angenommene Paragraph 1 spricht aus, daß bei Bereitung von Kuchenteig und Tortenmasse in gewerblichen Betrieben, Bäckereien, Konditoreien, für Backware zum Absatz gegen Entgelt nur bis zu 30 v. H. Mehle verwandt werden dürfen. In Paragraph 2 wird bestimmt, daß in den genannten Betrieben bei Bereitung von Kuchenteig, Torten, Eisspeisen Butter, Butterschmalz und frische Milch nicht verwandt werden darf. Die Verordnung tritt am 15. März in Kraft.

(Zurückziehung der russischen Gefangenen.) Wie uns das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe mitteilt, werden sämtliche russischen Gefangenen, die sich noch in Arbeitsstellen befinden, zurückgezogen. Die Gefangenen in Westfalen und Lippe sind bis spätestens 15. März 1921 der zuständigen Polizeiverwaltung bezw. dem Gefangenenlager in Niederzwehren unmittelbar zuzuführen. Genehmigungen zur Weiterbeschäftigung der Gefangenen werden nur in ganz besonders gearteten Ausnahmefällen beim Vorliegen eines dringenden Notstandes erteilt. Arbeitgeber, die nach dem 15. März Gefangene ohne Genehmigung beschäftigen, setzen sich der strafrechtlichen Verfolgung aus.

Die Oeffnung der Kartoffelmieten auf dem Lande steht bevor. Das ist für die Hausfrau eine sehr wichtige Aussicht, denn damit wird die vielfach bestehende winterliche Knappheit dieses notwendigsten Lebensmittels beseitigt werden. Es mag in manchen Gegenden vielleicht noch etwas gewagt erscheinen, mit der Oeffnung der Mieten jetzt schon zu beginnen, aber es wird vorteilhafter sein, bald heranzugehen, als noch längere Zeit zu warten. Die Kartoffeln haben sich in diesem Winter nicht sehr gut gehalten, und bei zu langem Hinausschieben könnte ein starker Schwund zu verzeichnen sein.

(Städt. Volkshochschule.) Am Mittwoch abend werden wir zwei bedeutende Meister des Mittelalters kennen lernen; Herr Kreutzfeldt wird nämlich das Leben und die Werke Grünewalds und Lukas Cranachs behandeln. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß am kommenden Freitag abend ein besonderer Vortrag gehalten wird über „Die moderne Reklame". Näheres hierüber wird an dieser Stelle noch mitgeteilt.

Der Festausschuß für den Wohlfahrtstag am 12. Juni ladet sämtliche Vereinsvertreter und Mitglieder des Arbeitsausschusses zu einer Vollsitzung am Mittwoch abend 8,30 Uhr bei Klimper (Markt) ein.

(Unglücksfall.) Die zweite Mannschaft des Sportvereins Kamen spielte am Sonntag nachmittag in Ahlen gegen den dortigen Verein „Spiel- und Sport." Während des Kampfes erlitt das Mitglied des hiesigen Sportvereins Barcher einen doppelten Beinbruch. Er mußte in das Ahlener Krankenhaus gebracht werden.

Zu der Verhaftung des Hochstaplers, über die wir gestern ausführlich berichteten, erfahren wir noch, daß es sich bei dem verhafteten Remy um einen Menschen handelt, der nicht arbeitete, aber gut dabei lebte. Seinen Unterhalt bestritt er aus Summen, die er anderen Leuten abschwindelte. So wurde er gestern vormittag hier einer Frau aus Hamm gegenübergestellt, bei der er sich als Paul Langhorst ausgegeben hatte und der er 3000 Mark abschwindelte, einer anderen Frau aus Hamm, der er die Ehe versprochen hatte, wußte er die gleiche Summe abzulocken. Jedenfalls hat unsere Polizei bei der Verhaftung dieses Menschen einen guten Griff getan.

Pelkum, 8. März. **(Evangel. Gemeinde.)** Sonntag vormittag nach dem Gottesdienst wurden die am 6. Februar gewählten Repräsentanten in ihr Amt eingeführt. Die neugewählte Kirchen-Vertretung besteht aus den Herren: Wilhelm Schimmelschulze, Heinrich Liesegang, Friedrich Tünnemann, Diedrich Kyllmann, Karl Hagemann, Heinrich Günther, Wilhelm Fickermann, Karl Kortenbruck, Gustav Köckler, Wilhelm Ramm, Heinrich Klüper, Wilhelm Pannewig, Karl Sutering, Heinr. Hohaus, Heinrich Heimann, Ludwig Betzler sen., Friedr. Isenbeck, Heinrich Westhaus, Heinrich Theiler, Heinrich Niellinger, August Westerhellweg, Friedrich Liesegang, Wilhelm Osthaus, Wilh. Schäfer. Einspruch gegen die Wahl ist von keiner Seite erfolgt. Die Wahl der Presbyter erfolgt am 3. April, also am Sonntag nach Ostern, und ist ebenfalls Verhältniswahl. Wählbar ist jedes Gemeindeglied, das 30 Jahre alt ist. Die Wähler sind die Mitglieder des alten Presbyteriums und die neuen Repräsentanten. Die Wahlvorschläge müssen bis zum 13. März eingegangen und von mindestens fünf Personen unterzeichnet sein.

** **Dortmund**, 7. März. **(Verschiedenes.)** Die sämtlichen Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes haben der Stadt Dortmund zum 30. April dieses Jahres ihre Aemter gekündigt. Sie haben hiervon der Stadt in einem Schreiben Mitteilung gemacht, in dem sie als Veranlassung zu dieser Kündigung die in der letzten Stadtverordnetenversammlung an der Tätigkeit des Mieteinigungsamtes geübte Kritik bezeichnen, die als berechtigt nicht erklärt werden könne. — Im Della-Lichtspielhaus an der Münsterstraße wurde Freitag nachmittag ein 16jähriger Bursche aus Stockum festgenommen, der eine Pistole und 36 scharfe Patronen bei sich führte. Der Bursche hatte die Absicht, eine Witwe zu überfallen und zu berauben.

! **Hagen**, 7. März. **Ihren hundertsten Geburtstag** konnte Frau Karoline Philipp in der Langestraße im Kreise ihrer Kinder, Enkel und Urenkel feiern.

** **Gelsenkirchen**, 7. März. **Ein schweres Grubenunglück** ereignete sich auf Schacht 1 und 2 der Zeche Rhein-Elbe. Dort wurden drei Bergleute durch herabfallende Gesteinsmassen verschüttet, zwei wurden getötet und einer erlitt schwere Verletzungen.

! **Paderborn**, 7. März. **(Vom Vater und Bruder ermordet.)** In Lichtenau fand man morgens den Landwirt Hermann Lange in seinem Bette erschossen vor. Die nähere Untersuchung führte zur Verhaftung des eigenen Vaters sowie des eigenen Bruders des Erschossenen. Sie bestreiten die Tat, doch liegen schwerwiegende Verdachtsmomente vor.

Herford, 7. März. **(25 500 Mark Belohnung.)** Der Oberstaatsanwalt in Bielefeld veröffentlicht folgende Bekanntmachung: 25 500 Mark Belohnung! Im Landkreise Herford macht sich ein anscheinend organisiertes Verbrechertum geltend. Infolge vorsätzlicher Brandstiftung brannten am 27. und 30. Januar ds. Js. die Gehöfte der Kolonen Wilh. Install in Besenkamp und Hugo Storck in Siele nieder. Auf die Ermittlung der Brandstifter hat die Westfälische Provinzial-Feuersozietäts-Direktion in Münster eine Belohnung von 5000 Mk. ausgesetzt. Am 6. Februar ds. Js. wurde der Hof des kurz zuvor von vermummten Räubern heimgesuchten Landwirts August Schlüter gen. Borgstedt in Lenzighausen von unbekannter Hand vorsätzlich in Brand gesteckt. Weitere schwere Raubüberfälle sind innerhalb kurzer Zeit gegen die Landwirte Heinrich Bartling in Herringhausen, Wilhelm Wiedenbrücker in Besenkamp, Heinrich Kleymann in Besenkamp, Hermann Krüger in Westerenger, Buschmann in Nordspenge, den Zigarrenfabrikanten Hermann Haubrock in Eilshausen und den Müller H. Wolbrink in Oldinghausen begangen worden. Auf die Ermittlung der Täter hat der Regierungspräsident in Minden Einzelbelohnungen ausgesetzt im Gesamtbetrage von 19 500 Mark, deren Verteilung unter Ausschluß des Rechtsweges sich der Oberstaatsanwalt vorbehält. Dazu kommt eine von einem der Geschädigten ausgesetzte Belohnung von 1000 Mk. Bei der Art des Vorgehens der Verbrecher, die sich durch Masken oder sonst unkenntlich machen, liegt die Mitarbeit der ganzen Bevölkerung des Bezirks an der Aufdeckung der Straftaten im dringendsten öffentlichen Interesse.

(TU) **Remscheid**, 7. März. **(Einigung in der Remscheider Eisen- und Metallindustrie.)** Die Tarifverhandlungen in der Remscheider Eisen- und Metallindustrie sind zum Abschluß gekommen. Zwischen den Arbeitgeberverbänden der Eisen- und Metallindustrie von Remscheid und Umgebung und den Gewerkschaften ist eine Einigung auf der Grundlage erzielt worden, daß Lohnzuschläge von 50 bis 60 Pfennig je Stunde für die männlichen Arbeiter und von 15 bis 35 Pfennig für die Arbeiterinnen als Ergänzung zu den Teuerungszulagen vom 3. Juni v. Js. gewährt werden, und daß dafür die seit November v. Js. von den Arbeitgebern gezahlten, von den Gewerkschaften aber bekämpften Familienzulagen fortfallen.

(TBD) **Duisburg**, 7. März. **(Verhaftete Einbrecher.)** Auf dem Bahnhofe zu Trompet wurden drei mit Einbrecherwerkzeugen ausgerüstete Arbeiter aus Duisburg-Hochfeld festgenommen, die als Mitglieder einer Einbrecher- und Räuberbande in Hochemmerich, Homberg, Moers und Trompet in der letzten Zeit zahlreiche Einbrüche verübt haben. Einer der Räuber hat nach den Niederrheinischen Nachrichten gemeinsam mit zwei anderen maskierten Männern einen räuberischen Ueberfall in Oestrum ausgeführt. Die Verbrecher drangen dort in ein Haus ein, bedrohten die im Bett liegende Ehefrau mit einem Revolver, versetzten der wehrlosen Frau einen Faustschlag ins Gesicht und raubten Geld und Wäsche.

Köln, 5. März. **(In französische Hände.)** Das größte Kaffeehaus Kölns, das an der Hohen Straße gelegene Kaffeehaus Germania, ist von einer französischen Bank angekauft worden.

Ententespionage im Ruhrgebiet.

(TU) In der letzten Zeit konnten wiederum verschiedene Wahrnehmungen gemacht werden, die auf eine verstärkte Tätigkeit der Ententespionage im Ruhrgebiet schließen lassen. Man wird wohl nicht fehl gehen, wenn man dieses außerordentlich lebhafte Interesse unserer Nachbarn nicht nur für unsere militärischen, sondern auch wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, mit der besonders in der französischen Presse immer unverhohlener ausgesprochenen Absicht der Besetzung des Ruhrgebietes in Zusammenhang bringt. Ein glücklicher Zufall hat uns kürzlich in den Besitz eines Fragebogens gelangen lassen, den der französische Spionagedienst seinen Agenten zur Ausfüllung ausgehändigt hat. Wir wollen unseren Lesern nicht vorenthalten, auf welche Fragen sich die Neugier unserer Feinde erstreckt, und lassen nachfolgend die wichtigsten Fragen des genannten Schriftstückes im Auszuge folgen: Propaganda gegen die evtl. Besetzung der Ruhr? Gibt es eine Propagandaorganisation gegen die Besetzung der Ruhr? Wenn ja, alle Besonderheiten darüber angeben und zwar A Namen und Adressen der Leiter dieser Stellen, B, Adresse dieser Stellen selbst, C, Geldmittel, die zu ihrer Verfügung stehen, D von wo kommt das Geld? E wie wird die Propaganda gemacht? Beispiele angeben, sabotieren. 16. Sind die Arbeiter geneigt, die Werke, Gruben und Eisenbahnen zu sabotieren im Falle einer Besetzung? 20. Gibt es eine Propagandaorganisation dazu? Wenn ja, A die Adressen der Stellen dieser Organisation angeben, B Namen und Adressen der Leiter.

Für die Umgegend von Essen: Wirtschaftliche Erzeugnisse voraussichtlich bezüglich des Ergebnisses der Getreide-, Zuckerrüben- und Kartoffelernte. Gesundheitszustand des Viehes, Wiederaufrichtung des Viehbestandes an Pferden, Ochsen, Kühen und Schweinen, Ueberfluß oder Mangel an wirtschaftlichen Arbeitern. Wieviel bietet man auf, um die Männer auf dem Lande zu bewahren und durchschnittliche Löhne der Landarbeiter. Ueberfluß oder Mangel an den verschiedenen chemischen Düngerarten (Kalkdünger, stickstoffhaltiger Dünger, phosphorhaltiger Dünger). Vorbereitung des Ersatzes für die Menschen und Tiere. — Politische Stimmung in Essen. Was sagt man in den verschiedenen Kreisen von einer evtl. Besetzung des Ruhrgebietes? Stimmung gegen die Alliierten (Frankreich insbesondere). Wer oder was veranlaßt evtl. die Mißstimmung? Leitende Persönlichkeiten, welche Einfluß auf die Massen haben (Arbeiter), Namen und Adressen der bedeutendsten Vertreter? Was wissen Sie über die Anwerbung von Arbeitern für Rußland, sowie über die Werbung einer sozialistischen Armee? Uns so genau wie nur möglich Auskunft darüber erstatten. Werbestellen sollen in Dortmund und in Elberfeld bestehen.

Der stille See.

Roman von H. Courts-Mahler.

Nachdruck verboten.

3. Fortsetzung.

Hans Rochus ging auf und ab. Es lockte ihn, Ravenports Vorschlag anzunehmen, obwohl dieser ihm noch nie so unsympathisch erschienen war wie heute. Besonders gut hatte er ihn nie leiden mögen, nur die Notwendigkeit hatte ihn dazu getrieben, geschäftlich mit ihm zu verhandeln. Er ahnte auch, daß Ravenport bei den Geschäften mit ihm und seinem Vater sehr auf seinen Vorteil bedacht gewesen war. Schließlich war seinem Vater immer die Hauptsache gewesen, daß er Geld bekam, und er selbst verstand viel zu wenig von den Geschäften, um eine Kontrolle ausüben zu können. Jedenfalls blieb ihm aber jetzt nichts anderes übrig, als auf seinen Vorschlag einzugehen. Es mußte ihm noch als ein großes Glück erscheinen, daß ihn Ravenport durch die Heirat mit seiner Tochter vor dem Ruin bewahren wollte. Sonst konnte er gleich heute noch als Bettler hinausziehen aus dem Schloß seiner Väter. Ravenport hatte ihn scharf beobachtet. Nun erhob er sich langsam und lehnte sich mit untergeschlagenen Armen gegen den Tisch.

„Mir scheint, mein Vorschlag ist Ihnen nicht sympathisch, Herr Graf. Dann ziehe ich ihn natürlich zurück. Ich meinte es bei allem Ehrgeiz wahrlich auch mit Ihnen gut. Es tut mir leid, daß ich Ihnen nicht anders helfen kann. In Ihrer Entscheidung will ich Sie aber nicht beeinflussen. Ueberlegen Sie sich in Ruhe die Angelegenheit und geben Sie mir in einigen Tagen Bescheid."

Hans Rochus fuhr sich mit der Hand über die Stirn und blieb vor ihm stehen.

„Eine Bedenkzeit ist unnötig, Herr Ravenport. Wenn ich nicht gleich zusagte, so galt mein Zögern dem Umstand, daß ich fürchtete, Sie würden auf Ihr Fräulein Tochter vielleicht einen Zwang ausüben müssen."

„Das lassen Sie meine Sorge sein. Werner Tochter genügt, daß ich diese Heirat für gut und richtig halte. Ich sage Ihnen ja, sie ist sehr still und passiv. Uebrigens mögen Sie sie ruhig fragen, ob ich irgendwelche gewaltsame Mittel angewandt habe."

„Gut, unter dieser Bedingung bin ich mit allem einverstanden', sagte Hans Rochus, und sich straff zusammenrückend, verbeugte er sich und fuhr fort: „Ich bitte hiermit in aller Form um die Hand Ihrer Fräulein Tochter."

Ravenports Augen blitzten auf. Er reichte dem jungen Offizier die lange knöcherne Hand.

„Ihr Antrag ist uns eine Ehre, Herr Graf. Morgen mittag erwarte ich Sie in meinem Hause, damit ich Ihnen Ruth, zuführen kann."

Hans Rochus verneigte sich wieder. „Ich werde kommen. Eines möchte ich noch bemerken, die offizielle Verlobung müßte der Trauer wegen wenigstens einige Wochen verschoben werden. Wenn auch besondere Verhältnisse ein besonderes Vorgehen rechtfertigen, einige Wochen möchte ich doch verstreichen lassen, ehe ich meine Verlobung veröffentliche."

Hans Rochus dachte dabei weniger an die große Gesellschaft, als an eine einzige Person — Hilde. Sie mußte er erst langsam darauf vorbereiten, daß er eine Braut hatte. Wußte sie auch selbst, daß er nur ein reiches Mädchen heiraten konnte, es würde sie doch schmerzen, dem fait accompli gegenüber zu stehen, denn sie hatte ihn lieb, das hatten ihm ihre schönen lockenden Augen oft genug verraten.

Ravenport fand seinen Wunsch nur natürlich und war damit einverstanden. Er nahm langsam und bedächtig die ausgebreiteten Papiere wieder zusammen und barg sie in der Mappe.

„Das Geschäftliche können wir später ordnen. Sie werden heute ohnedies nach Ruhe verlangen."

„Ich bin allerdings einigermaßen ermüdet."

„Kann ich mir denken. Aufreibende Tage liegen hinter Ihnen und ein schwerer Verlust. Ihr Verhältnis zu Ihrem Herrn Vater war doch trotz alledem ein sehr inniges."

„Ja. Dem Zauber, der von seiner echt herzlichen Liebenswürdigkeit ausging, konnte niemand widerstehen. Wie hätte es sein Sohn vermocht."

Ravenport reichte Hans Rochus die Hand.

„So will ich mich verabschieden. Morgen mittag auf Wiedersehen."

„Auf Wiedersehen. Sie können meinen Wagen benutzen, ich fahre erst am Abend nach der Stadt zurück."

Hans Rochus begleitete seinen zukünftigen Schwiegervater hinaus und kehrte dann in dasselbe Zimmer zurück. Lange lief er unruhig hin und her und warf sich dann endlich mit einem tiefen Seufzer auf den Diwan. Müde schloß er die Augen, aber er fand keinen Schlaf. Schwer war ihm das Herz in der Brust, und ihm war zumute wie einem Vogel, dem man die Flügel gestutzt und festgebunden hatte. Es half nichts, daß er sich sagte: „Sei froh, daß dir das Aergste erspart blieb. Was hätte werden sollen, wenn sich dir diese Aussicht nicht geboten hätte. Dann standest du dem Nichts gegenüber. So hast du dir wenigstens dein schönes Rochsberg erhalten. Und Hilde hättest du auch nicht besitzen können. Sei doch zufrieden, es ist gut so. Mit dieser Ruth Ravenport wird sich leben lassen. Ihr Vater sagt ja selbst, sie wird eine bequeme Frau. Jedenfalls hat er sie an strengen Gehorsam gewöhnt, sonst wäre er nicht so sicher gewesen. Oder handelt er doch im Einverständnis mit ihr? Gelüstet es sie, Gräfin Rochsberg zu werden? Ist sie ehrgeizig wie ihr Vater, und will er nur den Anschein erwecken, als wisse sie von nichts und habe sich willenlos zu fügen? Ah, bah, was zerbreche ich mir den Kopf, es ist doch alles eins."

Leichter wurde ihm nicht ums Herz.

Schließlich sprang er auf und trat ans Fenster. Mit trüben Augen blickte er die Kastanienallee hinab nach der Kapelle.

„Du schläfst gut, Vater. Wohl dir, daß du nicht mit ansehen mußt, wie sich der letzte Rochsberg verkauft", murmelte er.

Peter Ravenport fuhr in der eleganten Rochsberger Equipage nach der Residenzstadt zurück. Er dehnte sich mit sonderbarem Lächeln in den mit lichtgrauem Seidendamast bezogenen Kissen und strich mit der Hand wie besitzergreifend darüber hin.

„Mein — alles mein. Und meine Enkel werden die Grafenkrone im Wappen führen." dachte er befriedigt. „Vor vierzig Jahren begann ich mit wenig Talern mein Geschäft. Zehn Jahre später wurde ich vom Grafen Rochus als Geschäftsführer angenommen. Und heute ist ein Graf Rochsberg mein Schwiegersohn. Ich kann mit mir zufrieden sein. Freilich — ohne Inspektor Seltmann wäre ich nicht so weit gekommen. Es war mein Glück, daß er käuflich war. Die Waldparzellen und das übrige Gelände fiel für einen Spottpreis an mich gekommen, und an geschlagenen Hölzern und Getreide habe ich die Hälfte verdient. Seltmann hat dabei freilich auch sein Schäfchen ins trockene gebracht. Aber gut ist es doch, daß er vorigen Sommer starb. Er wäre mir jetzt unbequem geworden, der gute Freund. Entlassen durfte ich ihn nicht. So ist es schon besser. Seine Familie ahnt nichts von unseren geheimen Beziehungen und lebt weit ab vom Schuß. Ich bin einen unangenehmen Zeugen los. Gut ist es auch, daß Graf Rochus starb. Es geschah zur rechten Zeit. Er hat gerade lange genug gelebt, um mich mit seinem Leichtsinn vor seines Sohnes scharfen Augen zu schützen. Jetzt brauche ich ihn nicht mehr, denn nun ist alles mein. Er wäre eine unangenehme Zugabe gewesen und hätte mein schönes Geld in alle Winde zerstreut.

Hans Rochus ist von festerem Schlag, er wird unter meiner diskreten Leitung ein vernünftiger Wirtschafter werden. Nun bleibt mir noch Ruth. — Das Mädchen gefällt mir schon lange nicht mehr. Sie gibt sich nur nicht meine offen und klar. Irgendeine Torheit steckt mir im Kopf. Aber was schert mich das. Vor Mädchenlaunen mache ich nicht kehrt. Wenn ich nur wüßte, was sie so verändert hat in ihrem Wesen — seit fast zwei Jahren ist sie eine andere. Ja der ersten Zeit, als sie aus dem Pensionat zurückkam, war ich mit ihr zufrieden. Ihre bescheidene stille Art paßte in meine Pläne. Aber dann kam plötzlich etwas Fremdes in ihr Wesen — etwas, das ich nicht mit Namen nennen kann. Wie eine stille Auflehnung und Abwehr liegt es oft in ihren Augen. Sehr zärtlich war sie ja nie — das hätte mich auch nicht gestört, aber jetzt erscheint sie mir oft geradezu feindlich in ihrer Haltung. Ach was — sie hat sich zu fügen — punktum."

Diese Gedanken beherrschten Peter Ravenport auf der Fahrt nach Hause. Mit geschlossenen Augen lag er in den Wagenpolstern, und sein unbewegliches Gesicht verriet auch jetzt, da er allein war, nichts von dem, was er empfand.

(Fortsetzung folgt.)

Der polnische Aufmarsch.

Ueber die Zusammenziehungen polnischer Truppen an unsrer Ostgrenze wird an zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Von der polnischen Armee steht zurzeit mehr als die Hälfte an der deutschen Grenze und im westlichen Grenzgebiet Kongreßpolens. Es befinden sich an Truppen der ersten Linie: a) in Westpreußen eine Division und eine Brigade; b) in Posen vier Divisionen; c) gegenüber der oberschlesischen Grenze drei Divisionen, eine vierte ist in Bildung begriffen, außerdem drei Grenzbrigaden, deren Verstärkung nach einem polnischen Funkspruch geplant ist; d) an der ostpreußischen Grenze eine Division. Hinter den unter a—d aufgeführten Truppen stehen im Raume Warschau—Lodz weitere drei Divisionen. Zusammen zwölf bis dreizehn Divisionen und einige Brigaden. Das sind mindestens 186 000 Mann. Hierzu kommen noch die Truppen der zweiten Linie in Stärke von etwa 40 000 Mann, so daß die Gesamtstärke der polnischen Kräfte an der deutschen Grenze über 220 000 Mann beträgt. Die polnischen Erklärungen, daß die Truppenverlegungen an die deutsche Grenze mit Demobilmachungsmaßnahmen zusammenhängen, lassen sich mit folgenden Tatsachen nicht vereinbaren; 1. Es befinden sich zurzeit noch mindestens fünf Jahrgänge unter den Waffen, während die gesetzliche Dienstpflicht in Polen nur zwei Jahre beträgt. Die jetzt im Dienst befindlichen fünf Jahrgänge genügen aber, um die Armee kriegsstark zu erhalten. 2. Entlassen sind bisher nur die ältesten Jahrgänge und die Studierenden; die Masse der übrigen nicht mehr im Dienst stehenden Jahresklassen ist nur fristlos beurlaubt worden. 3. Verkauf oder Abgabe kriegsbrauchbarer Pferde hat bisher nicht stattgefunden. Kriegsunbrauchbare Pferde sind durch kriegsbrauchbare ersetzt worden. 4. Die Truppen der zweiten Linie und die Ersatztruppen werden noch nicht aufgelöst. 5. Die Truppen von drei Divisionen liegen nicht in ihren Heimatbezirken. Beachtenswert sind die Verschiebungen in der Provinz Posen und die Umwandlung der siebten Reservebrigade in eine Reservedivision. 6. In Dänemark finden Haferankäufe statt, die anscheinend für die Armee bestimmt sind. 7. Ueber Danzig treffen wieder Kriegsmaterialtransporte, in erster Linie Flugzeuge und Munition, für Polen ein.

Aus dem Völkerbundsrat.

In der Schlußsitzung der zweiten Session des Völkerbundsrates erklärte der schweizerische Gesandte, der Bundesrat erkenne an, daß der Völkerbund niemals der schweizerischen Neutralität habe Abbruch tun wollen, er bestreite nicht, daß internationale Truppen, die für Wilna bestimmt seien, den Charakter einer einfachen Polizeitruppe hätten. Im Namen des Völkerbundsrats erklärte Leon Bourgeois, der Zwischenfall sei damit erledigt. Der Vorsitzende des Völkerbundrates schloß damit die Tagung. — Die vom Völkerbundsrat ernannte wirtschaftliche Kommission ergriff Maßnahmen, um die Genfer Beschlüsse über den internationalen Kreditplan auszuführen. Die Unterkommission wird sich vorerst mit der Aufgabe beschäftigen, mit der die vorgeschlagene internationale Kommission betraut werden soll. Banker Sir Drummond Fraser übernahm den Posten eines Organisators.

Die Lage vor Petersburg.

(TU) „Nordiska Preß Zentralen" meldet aus Helsingfors: Wie am Sonnabend in später Abendstunde nach Helsingfors berichtet wird, befindet sich Kronstadt noch immer in der Gewalt der Aufständischen. Das Panzerschiff „Petrowawlosk" liegt zur Aktion bereit, mit den Kanonen nach Petersburg gerichtet. Militärische Vorbereitungen wurden getroffen. Der Eisbrecher „Jarmak" hat von Kronstadt eine Rinne im Eis gebrochen. Andererseits hat die Sowjetregierung den Eisenbahnverkehr Petersburg—Oranienburg stillgelegt. Die Fabriken in Petersburg wurden durch regierungstreue Offiziersaspiranten bewacht und die Arbeiter streng kontrolliert.

Laut einer Meldung des „Finska Notisbyran" befindet sich Petersburg in den Händen der Sowjetregierung. Die nach Petersburg gesandten Truppen sind jedoch nicht zuverlässig. Die Zahl der Aufständischen wächst daher fortwährend. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß Sinowjew aus der Petersburger Peter Pauls-Festung die Operationen gegen die Aufständischen leitet.

Vier Unterhändler, die von Kronstadt nach Petersburg kamen, sind verhaftet. Die leitenden Persönlichkeiten in Kronstadt sind General Koslowski und die Offiziere Brukaer und Turinow. — Der Kurier, der am Sonnabend die finnisch-russische Grenze passierte, teilte mit, daß der Diktator von Petersburg, Sinowjew, bei einem Besuch in Kronstadt verhaftet und jetzt in der Festung zu Kronstadt gefangen gehalten wird.

Aufstand in Montenegro.

Montenegro ist in hellem Aufruhr. In Antivari hörte man Kanonendonner und schloß daraus auf Kämpfe bei Podgoritza. Montenegro ist von der Außenwelt völlig abgesperrt. Infolgedessen weiß man draußen nichts von dem, was dort vorgeht. Eine Verhandlung vor dem Belgrader Militärgericht gegen den montenegrinischen General Wesowitsch, über deren Verlauf nur das Belgrader Blatt Socijalist zu berichten wagte, läßt einen Blick in diese verschlossene Welt tun. Nach der Reichspost sagte der vom Gericht verurteilte, dann amnestierte General, dabei folgendes aus:

Nach dem Befreiungswerk im Jahre 1918 verjuhren die Serben mit Montenegro wie mit einer eroberten Provinz. Es bildete sich ein serbischer nationaler Jugendbund (Omladina), der seitdem ununterbrochen Grausamkeiten begeht, gemäß der Aufforderung des serbischen Ministers: Bringt jeden um, der nicht Anhänger des gegenwärtigen Regimes ist. Ganze Dörfer, die im Verdacht stehen, Abtrünnige (Ametnici) beherbergt zu haben, werden dem Erdboden gleichgemacht, ihre Bevölkerung getötet. Bei der Entwaffnung des Dorfes Cuci wurden einer Mutter Nägel unter die Zehen geschlagen, um ein Geständnis über den Aufenthalt ihres Sohnes von ihr zu erpressen. Einer andern Frau ließ der serbische Oberst eine Katze unter die Röcke einnähen und schlagen, bis sie die Frau zerbiß und zerkratzte.

Wesowitsch wurde wegen seines Einspruchs gegen diese Gewalttaten, die ungeheure Erbitterung und Gegnerschaft gegen die nationale Vereinigung im Volke hervorrief, als Verräter gebrandmarkt und schließlich unter Anklage gestellt. Nach seiner Aussage bildet die Omladina in Montenegro einen Staat im Staate. Niemand kann einem Mitglied dieses Bundes beikommen. In Montenegro wird daher ganz ohne alle Gesetze, nur mit Racheakten regiert. — Man sieht also, auch Serbien hat seine „Faszisten", seine wilden Banden.

Arbeiterunruhen in Luxemburg.

Wegen Arbeiterentlassungen auf den Differdinger und Dudelinger Hüttenwerken, die durch Auftragsmangel veranlaßt waren, kam es im Luxemburger Industriegebiet in letzter Zeit mehrfach zu Unruhen. Die Arbeiter besetzten am Morgen des 2. März die Differdinger Hütte. Alle Betriebe, mit Ausnahme der Hochöfen, wurden stillgelegt. Nachmittags langte aus Luxemburg ein Teil der Freiwilligenkompagnie und französisches Militär an und besetzten ihrerseits die Hütte, worauf sich die Arbeiter zurückziehen mußten. Zu Zwischenfällen kam es hierbei nicht. Die Arbeiterführer fordern die Regierung zur Zurückziehung der Truppen auf und ermahnen die Arbeiter, sich nicht zu Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen. Ferner werden die Arbeiter aufgefordert, sich bereitzuhalten zum evtl. Generalausstand des ganzen Landes. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, u. a. diejenige des Kommunistenführers Reiland. — Ebenfalls besetzten die Arbeiter die Rodinger Hütte, wo der ganze Betrieb ebenfalls stillsteht. Die Fabriken von Arbed und Esch in Dudlingen wurden gleichfalls geschlossen. Es kam zu Schlägereien zwischen Arbeitern und Beamten. Die Arbeiter wurden aufgefordert, die Fabriken zu verlassen. Der Streik hat sich auf die Gaswerke ausgedehnt. Der Verband der Eisenbahner erließ einen Aufruf, der die Drohung mit einem Sympathiestreik enthält. Der Regierung werde es gelingen müssen, die Krise zu beschwören. Ein von der Regierung veröffentlichter Aufruf fordert die Eisenbahner auf, sich der Ausstandsbewegung nicht anzuschließen. Auch der Rest der Hochöfen im ganzen Lande wurde nunmehr ausgeblasen.

190 Milliarden Reichsdefizit für 1921.

Der Etat des Deutschen Reiches für 1921, der demnächst dem Reichsrat zugehen soll, enthält Ziffern, die diejenigen des Etats für 1920 um ein Vielfaches übertreffen. Die Reichsausgaben sind, wie man erfährt, mit 130 Milliarden angesetzt. 87 Milliarden sind für die allgemeine Verwaltung des Reiches ohne Post, Eisenbahnen usw. eingesetzt. Die Einnahmen scheinen in vielem nicht mit absoluter Sicherheit aus voraussichtlichen Erträgnissen berechnet zu sein. Die Einnahmen aus Steuern sind mit insgesamt 25 Milliarden berechnet, darunter 12 Milliarden aus der Einkommensteuer, 3,6 Milliarden aus der Umsatzsteuer. Besonders die Berechnung der Einnahmen aus der Einkommensteuer erscheint mehr theoretisch als praktisch begründet. Sie basiert darauf, daß die Einkommensteuer für den Monat Oktober 1920 rund eine Milliarde betrug. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß in der ganzen Zeit vom April bis zum August 1920 nur derselbe Betrag von einer Milliarde Einkommensteuer eingegangen ist. Man will den Fehlbetrag durch Anleihen von vielen Milliarden verringern, deren Erträge etwa den vierten Teil des Betrages werden decken, der von fachverständiger Seite als Defizit erwartet wird. Wie es heißt, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß wir für 1921 mit einem Gesamtdefizit von 190 Milliarden werden rechnen müssen.

Die Lohnsteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstags hatte die Beratungen der Novelle zum Einkommensteuergesetz unterbrochen, um den Parteivertretern Gelegenheit zu geben, sich mit der Regierung über die Differenzpunkte zu einigen. Es ist nunmehr geschehen. Es sind umfangreiche neue Vorschläge und Anträge ausgearbeitet worden. Nach einer Erörterung über die Art der Behandlung einigte sich der Ausschuß dahin, zunächst eine allgemein unterrichtende Aussprache zu halten und dann in die Beratung der neuen Vorschläge im einzelnen einzutreten. Der Berichterstatter Abgeordneter Pohlmann (Dem.) verwies zunächst auf die vorausgegangenen Verhandlungen. Die Regierung habe im § 29 vorgeschlagen, Veranlagungs- und Erhebungszeitraum zusammenzulegen, und der Ausschuß sei diesem Vorschlage gefolgt. Man würde niemals zur Ruhe kommen, wenn ein großer Teil der Steuerzahler, die Lohn- und Gehaltsempfänger, sagen könnten: Wir müssen die Steuer sofort bezahlen, während die hohen Einkommen erst nachträglich herangezogen werden. An die Stelle des Lohnabzugs soll nunmehr die Lohnsteuer gesetzt werden, so daß mit dem Abzug die ganze Steuer bezahlt ist. Im Hinblick auf die Geldentwertung sei der Steuertarif nicht mehr haltbar; es soll nun von Einkommen in der Höhe bis zu 24 000 Mark Jahreseinkommen ein Betrag von 10 v. H. als Steuer erhoben und so eine bedeutende Ermäßigung durchgeführt werden. Für die über 24 000 Mark hinausgehenden weitern 6000 Mark sollen 20 v. H., für die weitern angefangenen oder vollen 5000 Mark 25 v. H. erhoben werden. Der Tarifvorschlag geht bis zu einer Erhebung von 60 v. H. des Einkommens. Die Spekulationsgewinne sollen scharf erfaßt werden. Dagegen sei das Existenzminimum in der gegenwärtigen Form nicht mehr zu halten; an Stelle des vorher in Abrechnung zu bringenden Existenzminimums soll der Abzug bei der Steuer treten, es soll also nicht wie bisher beim Einkommen, sondern bei der Steuer ein Abzug gemacht werden, so daß die Verhältnisse klarer und einfacher werden. Einige Schwierigkeiten, die aus diesen Vorschlägen der Regierungsparteien für die Gemeinden entstünden, würden noch zu erörtern sein. Abg. Keil (Soz.) hat den Eindruck, daß es sich bei den Vorschlägen der Regierungsparteien darum handle, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft zu entlasten, ohne daß an eine Entlastung der Gehalts- und Lohnempfänger in den untern Klassen gedacht werde. Abg. Dr. Helfferich (Dnatl.) erklärt sich mit der Form der Lohnsteuer im allgemeinen einverstanden. Der Abzug von 120 Mark an der Steuer anstatt der Anrechnung eines steuerfreien Betrags (Existenzminimum) vereinfache das Steuergeschäft. Die Junggesellen würden dabei allerdings etwas schlechter fahren als die Verheirateten. Eine bessere Berücksichtigung der kulturellen und wissenschaftlichen Vereine erscheine angezeigt. Auch die Abzugsmöglichkeit für Ersatzbeschaffung werde noch verbessert werden können. Die allgemeine Aussprache wurde hiermit beendet und die nächste Sitzung für Dienstag angesetzt.

Weitere Nachrichten.

— **(Die Verteilung der Staatsgüter in Danzig.)** Die interalliierte Verteilungskommission für die Staatsgüter, die auf kurze Zeit ihre Arbeiten unterbrechen mußte, hat entschieden, daß die Grundstücke des Oberpräsidiums, des Gerichts und der Intendantur sowie des Wohnungsgebäudes des ehemaligen Regierungspräsidenten mit dem darauf befindlichen Eigentum, soweit es sich um Staatsgut handelt, die Stadt Danzig erhält, während die Grundstücke der Kommandantur und der Weichselstrombauverwaltung mit dem darauf befindlichen Inventar Polen zufallen. Das Generalkommando, das als Dienstwohnung für den Oberkommissar des Völkerbundes dient, ist in Gesamthand Polen und der Freien Stadt Danzig überwiesen worden. Die Verteilungskommission und die von ihr getroffene Entscheidung, die beiden Parteien bereits bekanntgegeben worden ist, ist der Botschafterkonferenz in Paris zur Bestätigung unterbreitet worden.

— **(Die Abgabe unserer Elbkähne.)** Nach längeren Verhandlungen haben die Altener Schiffsbesitzer im ganzen 21 Elbfahrzeuge an die Entente abgeliefert. Als Entschädigung erhalten sie die dreifachen Preise des Friedens, ein Betrag, für den heute die Kähne nicht mehr anzufertigen sind. Die meisten der neuen deutschen Elbkähne sind für die französischen Kanäle zu groß. Im ganzen sollen 300 Elbkähne abgeliefert werden. Diese Verringerung unserer Elbkähne bedeutet eine schwere Schädigung unserer Binnenschiffer.

— **(Hebammen als Staatsbeamte.)** Der Rechtsausschuß des Landtages hat mit allen sozialdemokratischen gegen alle bürgerlichen Stimmen beschlossen, den Hebammen Beamteneigenschaft zu verleihen. Wenn dieser Beschluß Gesetz würde, würde es eine Mehrbelastung für den Staat von 20 Millionen Mark bedeuten, für die keine Deckung vorhanden ist. Die Regierung warnte eindringlich vor Annahme eines solchen Antrages, aber ohne Erfolg.

Oberschlesien hat die bedeutendsten Erzlagerstätten Europas. Zink und Blei heißen diese Schätze. Oberschlesien besitzt Kalkvorkommen, die nach menschlichem Ermessen buchstäblich unerschöpflich sind. Wälder von riesenhaftem Ausmaße vervollständigen sein Bild. Deutscher, sieh zu, daß du dies alles behältst! Daß es dich etwas kosten!

— **(Verhaftung des Grafen Karolyi.)** Die Florenzer Polizei verhaftete den Grafen Karolyi, den früheren ungarischen Ministerpräsidenten. Die Verhaftung wurde von der italienischen Regierung in Zusammenhang mit den bolschewistischen Unruhen der letzten Tage gebracht. Man beschuldigt Karolyi, daß er mit den bolschewistischen Elementen in Verbindung stehe und ihnen auch finanziell geholfen habe.

— **Ein französischer Hauptmann als Juwelenräuber.** Bei einem Raubüberfall in einem Juweliergeschäft im Zentrum Berlins wurde ein französischer Hauptmann namens Antoine Morei als Täter festgenommen. Er erschien Samstag vormittag kurz vor 11 Uhr in dem Geschäft und ließ sich ein tags zuvor besichtigtes Schmuckstück abermals vorlegen. Während er den Ladeninhaber und dessen Frau darauf aufmerksam machte, daß die im Laden befindliche Uhr wohl nachginge, und als sie sich nach der Uhr umdrehten, schlug er plötzlich der Frau mit der Faust gegen die Schläfe und versuchte, mit dem Kollier zu entfliehen. Während der Flucht wurde er von zwei Passanten am Gendarmenmarkt angehalten und als der französische Hauptmann Antoine Morei festgestellt. Morei versuchte den Juwelier mit nach der französischen Botschaft zu locken und versprach ihm eine große Summe Geldes, wenn er den Vorfall nicht zur Meldung brächte.

— **In der Urteilsbegründung** gegen die Führer der Roten Armee wird festgestellt, daß das Bestehen eines militärischen Verbandes, an dem sich sämtliche Angeklagten beteiligt haben, erwiesen sei. Besonders komme dafür die genaue Einteilung und die Benutzung der einzelnen Ressorts in Betracht. Die Rote Armee sollte durch die Organisation der Angeklagten im geeigneten Augenblick wieder als Angriffsorganisation in Tätigkeit treten. Auch Notwehr lag nicht vor, denn zur Abwehr des von den Angeklagten für bestimmt gehaltenen Rechtsputsches sei eine Rote Armee nicht nötig gewesen. Man kann jedoch den Angeklagten nicht Ehrlosigkeit vorwerfen, weshalb nur auf Gefängnisstrafe erkannt sei. Der Vorsitzende schloß seine Ausführungen, indem er darauf hinwies, daß vor allen Dingen Ruhe und Ordnung im Lande herrschen müsse.

— **Ein Grubenbrand bei Königshütte.** Sonnabend, um 11 Uhr abends, entstand auf dem Ostfelde der Königsgrube bei Königshütte ein Grubenbrand. Bis Sonntag mittag waren 15 Leichtverletzte und 6 Tote geborgen. Weitere Rettungsarbeiten sind im Gange.

— **Dynamitattentat auf das Rathaus in Falkenstein i. V.** In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag, kurz vor 2 Uhr, wurde gegen das Rathaus eine Dynamitattentat verübt. Nachdem in die im Erdgeschoß gelegene Polizeiwache eine Handgranate geworfen wurde, wurde am Eingange der Polizeiwache eine Sprengbombe zur Explosion gebracht, die im Rathause und den benachbarten Gebäuden furchtbare Verheerungen anrichtete. Zwei in der Polizeiwache diensttuende Polizeibeamte wurden wie durch ein Wunder gerettet. In der Umgegend sind viele Schaufenster und sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Auch in Privatwohnungen wurden Handgranaten geworfen. Die Täter sind nicht ermittelt worden.

— **250 000 Erdbebenopfer.** Nach einer in London eingetroffenen Depesche aus Peking sind 250 000 Personen durch ein Erdbeben in den Provinzen Kan-Sou und Chen-Si zugrunde gegangen.

— **Theaterdefizite.** Die bayrischen Staatstheater stehen mit 10 233 500 Mk. Ausgaben gegenüber 7 723 500 Mk. im Vorjahre mit an der Spitze der deutschen Staatstheater, die ungeheure Defizite verschlingen. Die Einnahmen sind mit einem Pauschalbetrag von 6 Millionen Mark angesetzt.

— **Umfangreiche Unterschleife im Lebensmittelamt** der Stadt Magdeburg sind von der dortigen Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Angestellte des Amtes haben sich große Diebstähle und Unterschlagungen zuschulden kommen lassen. Man hat in großen Mengen Karten auf Personen ausgestellt, die nicht existieren. Die Angelegenheit zieht weitere Kreise, da verschiedene Kaufleute der Stadt die unterschlagenen Waren, deren Herkunft sie kannten, fortlaufend kauften.

— **Waffenfund am Bodensee.** In den letzten Tagen sind in Bodman am Bodensee Waffen in größerer Zahl beschlagnahmt worden. Eine amtliche Mitteilung hierüber besagt: In der Nacht zum 26. Februar brachte der Oberleutnant a. D. Fritz Keller aus dem Württembergischen einige Wagen Waffen nebst Munition nach einem in der Nähe der Gemeinde Bodman gelegenen Gute des Grafen von Bodman. Eine Gendarmeriekontrolle erhielt von den Vorgängen Kenntnis und das zuständige Bezirksamt beschlagnahmte alsbald 1300 Gewehre, 10 Maschinengewehre und 20 000 Schuß Munition, um sie zum Zwecke der Vernichtung der Treuhand-Gesellschaft zuzuführen. Die Staatsanwaltschaft hat in der Angelegenheit eine Untersuchung eingeleitet.

— **Ein schwerer Automobilunfall** ereignete sich auf der Schwachhausener Heerstraße in Bremen. Ein Automobil, in dem die in Bremen allgemein bekannten Persönlichkeiten Kaufmann S. W. Lohmann, Hotelier Friedrich vom Nordischen Hof und dessen Geschäftsführer saßen, fuhr mit großer Geschwindigkeit auf einen mit zwei Russen und einem Wirt besetzten aus der Umgegend stammenden unbeleuchteten Bauernwagen. Dabei erlitt Lohmann so schwere Kopfverletzungen, daß er nach kurzer Zeit an einem Bluterguß ins Gehirn verstarb. Auch Friedrich, der das Auto steuerte, trug schwere, doch nicht tödliche Schädelverletzungen davon, während der dritte Insasse des Autos nur leicht verletzt wurde.

Der erste Reichslandbundtag.

Aus der Vereinigung der Landbundbewegung, die überall in Preußen die Landbevölkerung zusammenzuschließen suchte gegen die einseitige Leitung des politischen Lebens durch die großstädtischen Einflüsse, mit dem Bunde der Landwirte, ist um die Jahreswende 1921 der Reichslandbund entstanden, mit dem Ziele, alle Interessen des gesamten Landvolkes aller Schichten zu vertreten. Diese neue größere Organisation hatte am 3. März ihre Anhänger im Lande aufgeboten zu der alljährlichen großen Heerschau in der Riesenhalle des Zirkus Busch in Berlin. Es war immer eine imposante Tagung.

Bundesvorsitzender Dr. Roesicke-Görsdorf verwies in seiner Eröffnungsrede mit besonderem Nachdruck auf diesen erweiterten Rahmen des Bundes, auf seine erweiterten Aufgaben: Eine lückenlos geschlossene Einigkeit der deutschen Landwirtschaft soll uns den Wiederaufbau des allen ans Herz gewachsenen, darnieder liegenden Vaterlandes erleichtern.

Der Präsident des anderen Teiles der verschmolzenen Verbände, der Leiter des früheren Landbundes, Reichstagsabgeordneter Hepp-Seelbach, fand wärmste Worte für das verwüstete Deutschland, aber auch Worte mannhaften Trostes.

Die Versammlung nahm dann folgende Resolution an: Den deutschen Vertretern in London ruft das zum 1. Reichs-Landbund-Tag vereinigte deutsche Landvolk zu: Steht fest in der Ablehnung der gegnerischen Raubforderungen, die uns und unsere Kinder zu ewiger Knechtschaft verdammen! Was auch feindlicher Machtwahn und blinde Beutegier uns androhen, schlimmer als alle wirtschaftlichen Folgen wäre die feige Zustimmung zur Uebernahme unausführbarer Verpflichtungen. Die Unterschrift zum Versailler Vertrag, aufgebaut auf der Lüge von der deutschen Schuld am Kriege, hat dem lebenden deutschen Geschlecht Unerträgliches aufgebürdet und führt zur Verelendung von Millionen von Stammesgenossen. Die Unterwerfung unter das Pariser Diktat soll deutsche Schuldknechtschaft verewigen. Das deutsche Landvolk weiß, um was es geht. Des Reiches Einheit — unser letztes Gut aus großer Zeit — soll zerstückelt werden. Die Feinde, die, wie urkundlich feststeht, das deutsche Volk in den Krieg verwickelten, suchen den Vorwand zur endgültigen Durchsetzung ihrer Vernichtungspläne: Beseitigung von deutscher Arbeitskraft, deutschem Können, deutschem Wagemut und deutschem Wettbewerb. Es soll ihnen nicht gelingen! Steht fest, deutsche Männer an der Front vor dem Feinde, die deutsche Heimat wird diesmal halten; denn sie ist einig, euch zu unterstützen!

Eine zweite Resolution stellte programmatisch die Ziele des Reichslandbundes dar:

„Restloser Zusammenschluß des Landvolkes in jedem Verwaltungsgebiet (Land, Provinz, Kreis) zu einer einheitlichen, mächtigen, allumfassenden freien Standesorganisation durchzuführen.

Gleichberechtigung aller Besitzgrößen, Berufsgruppen und Landesteile, und für

Fernhalten alles parteipolitischen und konfessionellen Haders aus den eigenen Reihen.

Zu einer Kundgebung gegen die Zwangswirtschaft und sozialdemokratischen Fachminister gestaltete sich die Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen durch den Bundesvorsitzenden Dr. Roesicke: Wenn man vor dem Kriege auf den Bund der Landwirte gehört und dementsprechend die Landwirtschaft gestärkt hätte, dann wäre Deutschland nicht ausgehungert worden und der Krieg wäre nicht verloren. Damals habe man zur Rationierung greifen müssen und auch der Bund habe zugestimmt, weil jedermann sein Brot habe haben müssen. Aber dann hätten Leute, die nichts von der Landwirtschaft gelernt haben, aber doch alles verstehen, Leute wie . . . (Zuruf: Braun!) uns immer weiter in die Zwangswirtschaft hineingetrieben, man habe erfaßt und erfaßt und erfaßt, Gesetze über Gesetze und Verordnungen über Verordnungen erlassen und schließlich dann einsehen müssen, daß, wenn man etwas erlassen wolle, erst etwas zum erfassen da sein müsse, und daß man dafür erst die Produktion heben müsse, ganz, wie es der Landbund immer betont habe. Aber dann rede man bereits von Produktionszwang. Demgegenüber müsse betont werden: Aus dem Elend, in das uns die Reichsernährungsminister Wurm und Robert Schmidt und der frühere Setzer Braun im preußischen Landwirtschaftsministerium als Minister hineingebracht hätten, daraus werde man die Bevölkerung nicht herausbringen. Gerade durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft bei Kartoffeln und Fleisch sei eine Gesundung herbeigeführt worden; ganz wie es der Bund der Landwirte gegenüber der Regierung immer vertreten habe. Darum wolle der Bauer frei verfügen über seine Scholle und über seine Arbeit (Lebhafte Zustimmung.) Wir hoffen, daß die Klubsessel in den Kriegsgesellschaften bald zur Versteigerung kommen. (Beifall.) Wenn man die landwirtschaftliche Produktion verbilligen will, soll man das tun, indem man die Grundlage dafür verbilligt, nicht, indem man die Landarbeiter gegen die Besitzer aufhetzt und dadurch die Produktion verteuert. Das aber hat Braun getan und damit die Ernährung des ganzen Volkes gefährdet. Daher rufe ich: Braun weg! (Stürmische Zustimmung.)

Die Rede des Vertreters des brandenburgischen Landbundes, Gauger, richtete sich an die Großgrundbesitzer: Sie sollten nicht bloß bei Wahlen an die Bauern herankommen, sondern auch in ruhigen Zeiten in die stickigen Stuben des Bauernwirtshauses kommen, auch wenn sie mal so stickig seien, daß die Bauern es selber nicht darin aushalten könnten; und dort sollten sie ihr Wissen und ihren Geist und ihre höhere Fachkenntnis in den Dienst der Bauern stellen; dann, aber auch nur dann kämen sie ganz von selber auf die Wahlkandidatenliste, auf die sie wollten. Aber ohne diese ständige Mitarbeit von unten herauf gehe es heute nicht mehr. (Lebh. Zustimmung.) Dieser Redner besprach dann die Sicherheitszustände auf dem Lande und führt damit eine geradezu überwältigende Kundgebung für Escherich herbei, die minutenlang anhielt und in stürmischen Hochrufen endete.

Es folgten, wie üblich, noch eine große Anzahl Redner, auch Damen, überwiegend Vertreter der einzelnen Landesteile, dann der Landarbeiter, der Gutsbeamten usw.

Schwere Bluttat von Jugendlichen.

Der geheimnisvolle Doppelmord, der vor 14 Tagen bei einer nächtlichen Autofahrt von drei Tätern an dem Autobesitzer und dem Wagenführer verübt wurde, ist nunmehr, wie aus München gemeldet wird, aufgeklärt. Die Täter sind ein 16jähriger Schüler, ein 17- und ein 18jähriger Kaufmann. Alle drei sind aus Mannheim und die Söhne angesehener Familien. Sie sind bereits verhaftet und haben die Tat eingestanden; sie werden wahrscheinlich nach München überführt werden. Die drei jugendlichen Mörder erklärten, nach München gekommen zu sein, um in den Besitz eines Autos zu gelangen. Sie haben den Doppelmord bereits auf der Hinfahrt ins oberbayerische Bergland geplant und sind dann mit den Leichen im Auto noch einige Stunden herumgefahren. Sie wurden sofort bei der Ankunft in Mannheim verhaftet, und zwar, weil einer der Jugendlichen 8000 Mark unterschlagen und die beiden anderen als Hehler in Betracht kamen. Die Jugendlichen haben erklärt, daß sie von hinten auf Kommando auf den Wagenführer und den Besitzer geschossen und dann den Autobesitzer, der noch lebte, mit Messern vollends getötet haben. Bemerkenswert ist, daß man auf die Spur der Täter durch eine gefundene Manschette dadurch gekommen ist, daß ein Waschanstaltsbesitzer in Karlsruhe sich der Wäschebezeichnung in der Manschette erinnerte und so an Hand der Bücher feststellen konnte, daß die Manschette nach Mannheim gehörte. Die drei Täter wird infolge ihrer Jugend die volle Schwere des Gesetzes nicht treffen.

Kleine Nachrichten.

Präsident Wilson gibt bekannt, daß er vom 4. März an gemeinsam mit Colby als Jurist tätig sein wird.

Vom 15. März an wird täglich vom Pariser Nordbahnhof ein direkter Zug Paris—Berlin—Warschau verkehren.

Briefkasten.

S. S. 111 in Kamen. Auch der Schornsteinfeger muß Umsatzsteuern bezahlen, die er nach den Vorschriften dieses Gesetzes in seine Gebühren hineinkalkulieren kann. Gesondert darf er sie nicht in Rechnung stellen.

W. Die Provision eines Reisenden ist nicht umsatzsteuerpflichtig. Der Reisende steht in einem Vertrags- oder Angestelltenverhältnis zu der Firma, für welche er Aufträge vermittelt und hat mit der unmittelbaren Leistung oder Lieferung nichts zu tun.

Die Frage der Ostfestungen.

Bekanntlich hat die Entente neben anderen Entwaffnungsdiktaten auch die Herabsetzung der Bestückung der Ostfestungen gefordert, trotzdem der Friedensvertrag uns ausdrücklich den Besitz unseres östlichen und südlichen Festungssystems in seinem bisherigen Zustande, das heißt nach dem Stande vom 10. Januar 1920, zusichert. Im Osten haben wir neben dem ostpreußischen Festungssystem, die befestigte Weichsel- und die befestigte Oderlinie. Die ostpreußischen Festungen haben in erster Linie den Schutz dieser Provinz als Aufgabe. Die Festung Lötzen-Boyen macht die masurische Seenkette zu einem wirklichen Hindernis für einen aus Rußland und Polen vorgehenden Gegner und zwingt ihn beim Vormarsch zu einer unangenehmen Teilung seines Heeres. Königsberg, durch Pillau von der Seeseite geschützt, ist ein starker Stützpunkt, der jeden in Ostpreußen nördlich der Seenkette vordringenden Feind in der Flanke bedroht. Es ist ersichtlich, daß diese Festungen eine Lebensfrage Ostpreußens bilden, da die vom Reiche abgeschnittene, schwache Besatzung dieser Provinz ohne Hilfe der Festungen zur Verteidigung nicht ausreicht. Den nächsten Schutz für das westlicher gelegene deutsche Gebiet bot die Weichsellinie. Bis auf Marienburg, das wegen seiner Minderwertigkeit allein einen wirksamen Schutz nicht bedeutet, haben wir die Weichselfestungen an Polen abgetreten. Die Weichsellinie kann daher heute als Schutz nicht mehr mitzählen. Erst die Oderlinie mit den Festungen Neiße-Glatz, Breslau, Glogau, Küstrin und Swinemünde kann dem Einmarsch eines von Osten vorgehenden Gegners Halt gebieten und ist der einzige Schutz unserer Reichshauptstadt. Hieraus geht klar hervor, welche Bedeutung die Ostfestungen heute für Deutschland haben, nachdem es entwaffnet und ihm seine kampferprobte Armee zum größten Teil genommen ist.

Die neuesten Forderungen der Entente in der Festungsfrage beruhen auf einer falschen Auslegung des Friedensvertrages. Hiernach ist uns der Geschützbestand vom 10. Januar 1920 zugesichert, der in den 14 deutschen Festungen (einschließlich der hier nicht näher erwähnten Festungen des südlichen Systems) an diesem Tage 4111 — darunter 2104 schwere Geschütze betrug. Wenn die Entente neuerdings unter „befestigten Werken" nur „permanente befestigte Werke", unter Festungen nur „mit Geschützbettungen versehene Plätze" verstehen will, so ist das einfach Willkür. Ferner wird uns verboten, Geschütze eines Werkes neu oder verändert aufzustellen, und alle Geschützaufstellungen im freien oder Zwischengelände werden nicht als Bestandteil der Geschützausrüstung einer Festung angesehen, dürfen danach also nicht vorhanden sein. Jedermann weiß aber, daß der Kampf um Festungen in erster Linie von den im Gelände geschickt und verdeckt aufgestellten Batterien geführt wird. Bei diesem Standpunkt der Entente ist ihre Rechnung nicht verwunderlich, daß als Festung nur noch Königsberg mit 22 schweren Geschützen übrig bleibt, zu denen noch einige Dutzend Geschütze der befestigten Seeplätze Pillau und Swinemünde hinzukommen. Daß außerdem den Festungen auch noch die Maschinengewehre, das Nachrichtengerät und die Nahkampfmittel, also ihre gesamte infanteristische Verteidigungskraft genommen werden sollen, zeigt den Vernichtungswillen der Entente im grellsten Lichte. Kommen diese Forderungen zur Durchführung, so steht Deutschland im Osten ebenso wehrlos wie im Westen da. Die Nachrichten von ungeheuren Rüstungen der russischen roten Armeen, die immer wieder bestätigt werden, der Aufmarsch von 210 000 Polen an unseren Ostgrenzen, den keine polnischen Erklärungen widerlegen können, sollten auch unseren Gegnern die Augen öffnen, daß sie hier ein gefährliches Spiel betreiben. Die kriegsbrauchbare Erhaltung unserer Ostfestungen ist für Deutschland eine eben solche Lebensfrage, wie seine Reichswehr, Schutzpolizei und Einwohnerwehren. Eine Einrichtung ohne die andere ist nicht lebensfähig und kann allein dem Staat nicht die Sicherheit nach innen und außen geben, die er zur Erfüllung des Versailler Vertrages und zur Begleichung seiner Kriegsschulden unbedingt braucht.

Vom gesunden und kranken Herzen von Univ.-Prof. Dr. Kerschensteiner-München, 122 Seiten, 18 Abbildungen, Preis gebunden 4,50 Mark (einschl. aller Zuschläge) Max Hesses Verlag, Berlin W. 15. — Nach einer kurzen anatomischen Einleitung bespricht der bekannte Münchener Herzspezialist die einzelnen Formen der Herzkrankheiten (Klappenfehler, Entzündungen, nervöse Störungen), verbreitet sich über die Gefäßerkrankungen, unter denen die Arterienverkalkung zu den zum Teil mit Unrecht gefürchtesten gehört, bespricht die Folgezustände und Beschwerden der Herzkrankheiten (Atemnot, Herzbeklemmung, Pulsunregelmäßigkeiten usw.) und behandelt erschöpfend die Ursachen der Herzstörungen wie Gelenkrheumatismus und Gifte (Alkohol, Tabak, Kaffee usw.). Ein eigenes Kapitel ist der so häufigen Neurasthenie und ihren Folgeerscheinungen gewidmet. Den Beschluß bilden beherzigenswerte Ratschläge, als Frucht langjähriger Erfahrung. Ein empfehlenswertes Buch.

Kaufen Sie

Dixin von Henkel

bestes

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:

Henkel & Cie., Düsseldorf.

Kamener Lichtspiele

Vornehmste Lichtbildbühne am Platze. Zentralheizung. Weststr. 20

Spielplan von Dienstag bis Donnerstag.

Das Tagesgespräch bildet unser hervorragender Spielplan.

Conrad Veidt in seinem neuesten Filmwerk:

„Satanas"

Bezaubernd schöner Liebesroman von Robert Wiene.
3 Riesen-Abteilungen. 9 spannende ergreifende Akte.
Regie: F. W. Murnau. Ausstattung: Ernst Stern.

In den Hauptrollen:

Conrad Veidt . . Satanas. Margit Barnay . . Phahl.



Der große Wild-West-Schlager:

Lederstrumpf I. Teil

Wildtöter

in 6 großen Akten.
von Robert Heymann.

Freitag morgen große

Sondervorstellung.

An allen Tagen erstklassiges Orchester.
Änderungen vorbehalten

1138 D. D.

Jagdschutzverein für den Kreis Hamm

(i. W.)

Wir zahlen demjenigen, welcher einen Jagdfrevler zur Anzeige bringt eine **Belohnung** von mindestens

50 Mark.

Das unbefugte Fortnehmen von Fasanen-, Rebhühner-, Wildenten- und Kibitzeiern wird als Jagdvergehen gerichtlich bestraft.

Der Vorstand.

Christentum u. Kirche

Redner: Pfarrer **Friedrich Ebbinghaus.**

Mittwoch abend 7¾ Uhr

Wellhausen, Bergkamen. 1146

Eintritt frei. Freie Aussprache für alle.

Markenfreien

Zwieback

aus reinem Weizenmehl

empfiehlt 1133

Konditorei Kümper,

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alleinverkauf für Kamen und Umgegend.

Umgepreßt

wird jeder 1012

Herren- und Damen-Hut

(Stroh und Filz)

in eigener Werkstatt schnell und billig.

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße.

Solide Agenten

bei hohem Verdienst

überall gesucht. 1009

Grüssner & Co., Nowrode i. E.

Holzrouleaux- und Jalousienfabrik.

Tüchtiges, fleißiges

Mädchen

gesucht. 1123

Wilhelm Sommer,

Kämerstraße.

Suche per 1. April evtl. später ein fleißiges, sauberes

Zweitmädchen,

das waschen kann und alle Hausarbeit gründlich verrichtet. 1048

Frau H. Hertz,

Bergkamen i. Westf.
Hohenzollernstr. 214.

Junges

Morgenmädchen

sucht 1145

Frau Otto Müller,

Bahnhofstraße 13.

Suche zum 1. April ein sauberes, ehrliches p1125

Lehrmädchen

nicht unter 15 Jahren.

Conditor Schulze, Dortmund, Betenstraße 13.

In Gartenarbeit etwas bewanderte 1143

Frau

für halbe Tage gesucht.

Gärtnerei Westerich.

Wieder 1140

eingetroffen:

Frische Seefische u. grüne Heringe

Josef Kefenbaum.

Anfertigung

von Damen- und Herren-Wäsche.

Spezialität:

Aussteuer — Oberhemden, auch von Stoffen, die nicht bei mir gekauft sind.

Kaufhaus Lorig.

In 16 td. u. Garantie

vernichten Sie Flöhe, Kopf-, Kleider-, Filz-

Läuse

s. Brut (Nissen) b. Mensch u. Tier mit „Kampolda" ges. gesch. Wunden unsch. Verk. **Friseur H. Großer, Westfr. 45 a.** 932

Empfehle mich in

Rohrstuhlflechten.

Wilhelm Reckenbürger,

Weststraße 80. 1112

Am Sonntag auf dem Wege von Rottum bis Unna, Bahnhof

Halskettchen verloren

(altes Erbstück). Gegen Belohnung abzugeben in der Buchhandlung dieses Blattes. 1139

Achten Sie auf dieses

Angebot!!

Jetzt ist es Zeit, folgende Artikel billig einzukaufen!!

Strumpf - Enden
reine Wolle
Paar 11.50 12.50 13.50

Kostüm - Röcke
grau 35.00 blau 37.75

Füsslinge
Paar 4.25 und 6.50

Strickwolle
10 Bund
6.75 10.00 12.00 14.75

Normal - Hemden
Stück 27.50

Unterhose
Stück 17.50

Herren - Socken
Paar 6.95

Kinder - Jäckchen
grau 4.75 weiss 5.50

Erstlings-Hemdchen
Stück 2.50

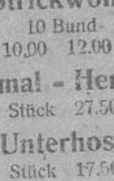
Schlafdecken
Handarbeiten
Kleiderstoffe
Blaue 1130

Arbeitsjacke 39.75
Arbeitshose 39.75
usw.

Kaufhaus

LORIG

Kamen, Weststr. 26.



Achtung Radfahrer!

Jetzt ist es Zeit, das Fahrrad instand setzen zu lassen. Für alle vorkommenden Arbeiten empfehle meine aufs beste eingerichtete

Spezial-Reparatur-Werkstatt.

Komplettes Lager in allen Ersatzteilen 1142

Ia. Pneumatiks

zu billigen Preisen.

Allright u. Brennabor Fahrräder.

Adler-Nähmaschinen.

Albert Karrenberg, Kamen,

Weststr. 75, Teleph. 138.

Reparaturbedürftige

Flügel, Pianinos und Harmoniums

jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzentelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genügen.

Carl Ebel & Sohn,

Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.

Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr.

Eine Fuhre Dünger

zu verkaufen. 1144

Wo sagt die Geschäftsstelle d. Ztg.

Die erkannte Person, die am Sonntag abend auf der Lünenerstraße gegen 8 Uhr die mir verloren gegangene gelbe Brieftasche aufgenommen hat, wird ersucht, dieselbe in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung gegen Belohnung abzugeben, andernfalls Anzeige erfolgt. C. A.





Zur Erhaltung der Meilungszeichen und Marksteine wird folgendes erneut bekannt gemacht:

Die trigonometrischen Punkte der Landesaufnahme bilden die Grundlage der allgemeinen Landesvermessung; ihre Erhaltung ist daher von besonderem öffentlichem Interesse. Zur Sicherung des den trigonometrischen Punkt kennzeichnenden Marksteines ist seitens des Staates eine kreisförmige Bodenfläche von 2 Quadratmeter Flächeninhalt, deren Umfang nach allen Richtungen hin vom Mittelpunkt des Marksteines 79 cm entfernt ist, erworben worden.

Bei der Beackerung usw. des umliegenden Bodens darf die Umfanglinie dieser kreisförmigen Bodenfläche vom Pfluge usw. nicht berührt werden. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach § 370, 1. R.-Str.-G.-B. mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft.

Die Beschädigung, Verrückung und Entfernung der Marksteine und des etwa darüber befindlichen Holzgerüstes fällt unter § 304 R.-Str.-G.-B. und wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Wochen bestraft.

Die Polizeibeamten sind angewiesen, die Marksteine und deren Schutzflächen zu bewachen und etwaige Zuwiderhandlungen sofort zur Anzeige zu bringen.

Die Herren Lehrer werden ersucht, die Schulkinder auf die Bedeutung der Marksteine und auf die Beschädigung derselben hinzuweisen.

Kamen, den 4. März 1921.

Die Polizei-Verwaltung
J. V.: gez. **Siegler.**

1135



In den hiesigen Feldmarken wird besonders im Frühjahr, Herbst und Winter der **Fang einheimischer Singvögel** betrieben. Wir warnen hiermit ausdrücklich vor dem Fangen derselben und bemerken, daß wir die Polizeiorgane erneut darauf hingewiesen haben, ihr Augenmerk diesen Uebergriffen zuzuwenden. Das Publikum bitten wir, die Beamten in diesem Bestreben zu unterstützen. 1136

Kamen, den 1. März 1921.

Die Polizei-Verwaltung:
J. V.: **Siegler.**



Die Stadtverwaltung beabsichtigt in diesem Jahre während der Sommermonate wiederum die Unterbringung einer größeren Anzahl erholungsbedürftiger, unterernährter Kinder in auswärtigen Erholungsheimen.

Eine Anzahl Pflegestellen in auswärtigen Heimen in auswärtiger Gegend (Gebirge, auf dem Lande, an der See usw.) sind bereits beschafft. Mit weiteren Heimen werden noch Unterhandlungen gepflogen.

Um einen Ueberblick über die Zahl der in Frage kommenden Kinder zu erlangen, bitten wir die Eltern, die vorhaben,

schulpflichtige Kinder zu Erholungszwecken 4 Wochen zur Kur zu schicken,

in der Zeit vom 7.—12. März während der Vormittagsdienststunden im Rathause, Zimmer Nr. 14, vorzusprechen.

Dort können die Aufnahmebedingungen eingesehen werden. Für gute Beaufsichtigung und Pflege der Kinder ist in bester Weise gesorgt. Die Beobachtung des Gesundheitszustandes wird durch Aerzte ausgeübt. 1084

Kamen, den 1. März 1921.

Der Magistrat: J. V.: **Siegler.**

In das Handelsregister A ist heute unter Nr. 138 die Firma **Engelbert Goselwitz** in Kamen und als deren Inhaber der Kaufmann Engelbert Goselwitz zu Kamen eingetragen. 1137

Kamen, den 28. Februar 1921.

Das Amtsgericht.

Zur Konfirmation

empfehlen

Ev. Gesangbücher

in besten Einbänden und in den verschied. Preislagen.

Buchhandlung der Kamener Zeitung.